
3285/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 29.03.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Unterstützung für ältere Frauen am Arbeitsmarkt**

In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation immer noch deutlich weniger als Männer, auch wenn sie einen vergleichbaren Job haben. Frauen arbeiten viel häufiger in Teilzeit als Männer. Und Frauen sind weit öfter als Männer neben ihrer Berufstätigkeit für die Kinder- und Familienarbeit, aber auch für die Pflege von Angehörigen zuständig. So verdienen Frauen zehn Jahre nach der Geburt eines Kindes durchschnittlich um ein Drittel weniger, als wenn sie kinderlos geblieben wären.

In Folge bekommen Frauen eine im Vergleich zu Männern viel niedrigere Pension. Die Differenz liegt aktuell bei rund 56 Prozent der Pensionshöhe, die Männer bekommen. Die von der letzten Bundesregierung beschlossene Anrechnung von Karenzzeiten von bis zu 24 Monaten für Gehaltsvorrückungen, Urlaubsansprüche, Entgeltfortzahlungen und Krankenstandsansprüche war ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Das im schwarz-grünen Regierungsprogramm geplante automatische Pensionssplitting bis zum zehnten Lebensjahr als Ersatz für die Kindererziehungszeit bringt weniger Pension für Väter und trotzdem insgesamt nicht genug für Frauen. Es ist somit kein ausreichendes Mittel, um Einkommensunterschiede zu beseitigen und Altersarmut zu vermeiden.

Gerade die Coronazeit hat uns mehr denn je gezeigt, wie wertvoll und systemrelevant Frauen für die Gesellschaft sind. Ihre überwiegende Tätigkeit in Bereichen wie Gesundheitsberufen, dem Handel, der Kinder- und 24-Stunden-Betreuung kann nicht genug wertgeschätzt werden. Und der seit Monaten herrschende Arbeitskräftemangel kann ohne Frauen nicht bewältigt werden. Dazu braucht es aber endlich Maßnahmen, um die vorhandenen Unterschiede von Frauen und Männern in der Arbeitswelt auszugleichen und vermeintliche Nachteile in Chancen umzuwandeln.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft sowie der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, werden aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, um Unterschiede von Frauen und Männern in der Arbeitswelt auszugleichen sowie mit verstärkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Wiedereinstieg bzw. den Verbleib von Frauen in der Arbeitswelt bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter zu fördern.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales ersucht.